

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Christian Meyer, Belit Onay, Anja Piel und Julia Willie Hamburg (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums namens der Landesregierung

**Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Rücktritt des DITIB-Vorstands?**

Anfrage der Abgeordneten Christian Meyer, Belit Onay, Anja Piel und Julia Willie Hamburg (GRÜNE), eingegangen am 26.11.2018 - Drs. 18/2187  
an die Staatskanzlei übersandt am 28.11.2018

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums namens der Landesregierung

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Der NDR berichtete am 25. November 2018 online, der gesamte Landesvorstand Niedersachsen und Bremen des Islamverbands DITIB sei zurückgetreten. Der Vorsitzende Yilmaz Kilic habe seinen Rücktritt mit dem Scheitern seiner Versuche, mehr Offenheit zu schaffen und Strukturen innerhalb des Bundesverbandes zu verändern, begründet. Das Vertrauen zum Bundesverband sei nachhaltig gestört, weil türkische Botschaftsvertreter versucht hätten, direkten Einfluss auf die Vorstandsarbeit in Niedersachsen zu nehmen. Der NDR verwies darauf, dass DITIB in den vergangenen Monaten aufgrund seiner Nähe zur Türkei und der Einflussnahme durch die türkische Religionsbehörde Diyanet immer wieder in die Kritik geraten sei.

Laut dem Kommentar in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom gleichen Wochenende hat sich der Bundesvorstand der DITIB in Köln seit Festigung des Präsidialsystems in der Türkei zu einer linientreuen Dachorganisation entwickelt, die reformwillige Landesverbände zunehmend stärker knebelt. Nun kapitulierten die liberalen Kräfte. Sie forderten die Ausbildung eigener Imame in Deutschland.

In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* war am 25. November 2018 zu lesen, der Moscheeverband DITIB Niedersachsen und Bremen vertrete mit 85 Gemeinden etwa 160 000 Muslime. Dem Landesvorsitzenden Kilic sei wegen der anhaltenden Konflikte mit der DITIB-Zentrale in Köln nahegelegt worden, das Amt abzugeben. Neben dem gesamten Landesvorstand seien auch die Vorstände des Jugend- und Frauenverbandes zurückgetreten. Kilic wird u. a. mit den Worten zitiert, problematisch sei auch, dass DITIB über die aus der Türkei entsandten Imame Einfluss auf die Gemeinden nehme.

Das Politikjournal *Rundblick* berichtete am 26. November 2018, sowohl die DITIB-Bundeszentrale als auch der türkische Religionsattaché hätten immer wieder versucht, sich in die Belange der Niedersachsen einzumischen. Die Nähe des DITIB-Verbandes zur türkischen Regierung und die Einflussnahme der türkischen Politik sei seit Monaten das Haupthindernis für einen sogenannten Islamvertrag in Niedersachsen. Derzeit seien die Gespräche nahezu zum Erliegen gekommen.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Im Hinblick auf den in der Vorbemerkung der Abgeordneten in Bezug genommenen Bericht des NDR sei angemerkt, dass der letzte im ersten Absatz der vorstehenden Vorbemerkung wiedergegebene Satz vollständig zitiert wie folgt lautet: „DITIB war in den vergangenen Monaten aufgrund seiner Nähe zur Türkei und der Einflussnahme durch die türkische Religionsbehörde Diyanet immer wieder in die Kritik geraten - zuletzt beim Besuch des Staatspräsidentens Recep Tayyip Erdogan, als er in Köln die DITIB-Zentral-Moschee einweihte.“ Im Hinblick auf den in der Vorbemerkung der Abgeordneten in Bezug genommenen Artikel in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* (HAZ) ist

darauf hinzuweisen, dass es in dem Artikel - vollständig - heißt: „Doch ihm ist nun wegen der anhaltenden Konflikte mit der Ditib-Zentrale in Köln *offensichtlich* nahegelegt worden, das Amt abzulegen

**1. Was weiß die Landesregierung von Versuchen türkischer Botschaftsvertreter oder des türkische Religionsattachés, Einfluss auf die Vorstandsarbeit in Niedersachsen zu nehmen?**

Der Landesregierung sind aus der medialen Berichterstattung die Aussagen des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Herrn Kilic über Versuche von türkischen Botschaftsvertretern sowie des türkischen Religionsattachés des türkischen Generalkonsulats in Hannover, Einfluss auf die Vorstandsarbeit des DITIB-Landesverbands Niedersachsen und Bremen e. V. (im Folgenden DITIB) zu nehmen, bekannt.

**2. Was bedeutet das für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen, DITIB und den muslimischen Gemeinden in Niedersachsen?**

Der niedersächsische DITIB-Landesverband ist einer der langjährigen Kooperationspartner des Landes Niedersachsen auf Seiten der muslimischen Bevölkerung in Niedersachsen. Die Landesregierung hat die Ausführungen des bisherigen DITIB-Vorsitzenden im Zusammenhang mit dem geschlossenen Rücktritt des bisherigen Landesvorstandes besorgt zur Kenntnis genommen. Sie wird die weitere Entwicklung innerhalb des Verbands genau beobachten und prüft derzeit mögliche Auswirkungen auf die weitere Zusammenarbeit.

**3. Wird es bei der Landesregierung nun ein Umdenken zur Imam-Ausbildung in Osnabrück als Alternative zu bezahlten Imamen der türkischen Regierung aus der Türkei geben? Falls ja, in welcher Hinsicht?**

Die Universität Osnabrück bietet Studiengänge in der Islamischen Theologie und Religionspädagogik an. Eine „Imam-Ausbildung“ im engeren Sinne kann nicht an einer Universität angeboten werden, sondern obliegt der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Dies ergibt sich aus dem grundgesetzlich verankerten Gebot der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates in Verbindung mit staatskirchenrechtlichen Erfordernissen.

Die Landesregierung begrüßt, wenn die in Osnabrück hervorragend ausgebildeten Theologen nach dem Studium zunehmend als Imame in den Moscheegemeinden beschäftigt werden. Sofern für den Einsatz in Moscheegemeinden aus Sicht der islamischen Landesverbände weitere Schritte, etwa eine „zweite Phase“ der Ausbildung, erforderlich sein sollten und das Land hier beratend tätig werden kann, stehen das Ministerium für Wissenschaft und Kultur und die Universität Osnabrück für Gespräche zur Verfügung.

Aus Sicht der Landesregierung ist eine grundständige theologische Ausbildung ein sinnvoller Ausbildungsweg. Diese grundständige Ausbildung wird von der Landesregierung von Beginn an unterstützt und steht nicht infrage.

(Verteilt am            )